

Auszeichnung für Kampf gegen Antisemitismus

Zentralrat der Juden ehrt Hans-Joachim Watzke von Borussia Dortmund mit Leo-Baeck-Preis

Berlin. Hans-Joachim Watzke, Vorsitzender der Geschäftsführung des Fußball-Bundesligisten Borussia Dortmund, ist mit dem Leo-Baeck-Preis ausgezeichnet worden. Der 65-Jährige sprach bei der Preisverleihung im Berliner Olympiastadion von „der größten Ehre seines Lebens. Eine größere werde wohl nicht mehr dazukommen“, bevor er unter Standing Ovationen der rund 500 geladenen Gäste den mit 10000 Euro dotierten Preis entgegennahm.

Der 65 Jahre alte Watzke, der im kommenden Jahr seinen Posten beim BVB aufgeben wird, ist seit frühester Kindheit mit Antisemitismus innerhalb der Gesellschaft der 1960er Jahre aufgewachsen. Für ihn müsse der „Kampf gegen den Antisemitismus von der gesamten Gesellschaft“ geführt werden: „Der Fußball kann und muss sich aber ebenfalls deutlich positionieren. Wir brauchen dabei Mut und Zivilcourage.“ Er übernehme den Preis für alle Mitarbeiter, „denn alle müssen das mittragen“. Das Preisgeld spendete er zu zwei gleichen Teilen an die jüdische Gemeinde in Dortmund sowie an das Präventivprojekt „Zusammen 1“ des jüdischen Sportverbandes Makkabi Deutschland.

Wüst hält Laudatio

NRW-Ministerpräsident Hendrick Wüst (CDU) verwies darauf, dass „jüdisches Leben zu uns“ gehöre. „Der Sport und insbesondere der Fußball mit seinen Millionen Anhängern, den vielen tausend Aktiven und ehrenamtlich Engagierten kann hier Vorbild sein“, sagte Wüst. „Hans-Joachim Watzke hat die Verantwortung früh erkannt und benannt. Er setzt sich mit hohem Engagement gegen Antisemitismus und Ausgrenzung ein – ob mit großen Aktionen im Stadion oder von der Öffentlichkeit unbemerkt mit vielen Aktionen im Hintergrund.“ So hat der BVB mehrmals im vergangenen Jahr israelische Kinder, Angehörige der Terroropfer und Geiseln eingeladen.

Für Josef Schuster, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, zeigte der Verein „Empathie mit den Menschen Israels und mit den Jüdinnen und Juden in Deutschland“, die in vielen Bereichen nicht mehr sicher seien. Watzke stehe stellvertretend für diese Empathie – und das nicht erst seit dem 7. Oktober 2023. (dpa)



Hans-Joachim Watzke Foto: dpa

Tausende protestieren gegen Sozialkürzungen

Erzieherinnen, Eltern und Mitarbeiter von Sozialverbänden laufen gegen Pläne der Landesregierung Sturm

VON JANNE AHRENHOLD

Düsseldorf. Pinke, gelbe, grüne und hellblaue Warnwesten drängen sich am Mittwochmorgen an Gleis 4 des Kölner Hauptbahnhofs. „Kommt, nicht trödeln“, ruft Ulli Volland-Dörmann der bunten Westenscharr mit Kölner Awo-Aufdruck entgegen, die sich langsam in den RE 1 mit dem Ziel Düsseldorf schiebt. „Jetzt geht's nicht darum, Ellenbogen auszufahren, aber stellt euch darauf ein, dass es eng und kuschelig wird“, bereitet Volland-Dörmann, Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt (Awo), ihre Mitarbeitenden auf die Gemengelage vor.

Nicht nur die Awo macht sich an diesem Tag auf den Weg in die Landeshauptstadt. Am Bahnsteig wehen auch Banner und Fähnchen anderer lokaler Wohlfahrtsverbände, darunter Caritas und Diakonie. Während die Gruppen im Zug noch auf Kuschelkurs gehen – schließlich eint sie dieser Tage das gleiche Übel –, ist wenige Stunden später dann eher Angriff angesagt – zumindest akustisch.

Denn die Freie Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen (NRW), in der sich die Sozialverbände als Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen, hatte zur Demonstration aufgerufen, 32 000 Menschen waren dem laut Polizeiangaben gefolgt.

Der Grund des Protests: Der Haushaltsentwurf der schwarz-grünen Landesregierung. Obwohl diese mit einem Rekord-Etat von 105,5 Milliarden Euro fürs kommende Jahr rechnet, sehen die Pläne laut Wohlfahrtspflege zahlreiche Kürzungen vor. Kürzungen, die insbesondere soziale Bereiche treffen, so der Vorwurf. Die Einsparungen summieren die Organisatoren der Demo auf 83 Millionen Euro.

Einen solchen Kahlschlag für die freie Wohlfahrtspflege habe Volland-Dörmann in 30 Jahren noch nicht miterlebt. Betroffen seien insbesondere die Bereiche Migration und Offene Ganztagschule. „Das ist so eklatant“, sagt die Awo-Geschäftsführerin, die inzwischen mit ihrer Gruppe auf den linksrheinischen Rheinwiesen angekommen ist. Tausende Menschen aus ganz NRW, darunter Erzieherinnen, Eltern und Mitarbeitende aus Sozialverbänden, fluten dort die Grünfläche, erste Trillerpfeifen und Rasseln setzen ein. Ursprünglich sollte die Demonstration direkt vor dem Landtag am gegenüberliegenden Ufer stattfinden. Ein Protestmarsch in der Innenstadt war ebenso geplant, musste aber abgesagt werden.

Laumann verteidigt Kürzungen Mit reichlich Abstand zum Regierungssitz ergreift nun Hartmut Krabs-Höhler, Vorsitzender der Wohlfahrtspflege NRW, das Wort: „Dieser Haushaltsentwurf er-



In Düsseldorf demonstrierten Tausende gegen geplante Kürzungen im Sozialbereich.

Foto: dpa



Ulli Volland-Dörmann (links), Geschäftsführerin der Awo Köln klagt über eklatante Einsparungen bei Migration und Offenen Ganztagschulen. Zwan Karim (2. v. rechts), Leiterin der Perspektivberatung für Geflüchtete und Tim Westerkamp, Leiter Integration der Caritas Köln, beklagen Kürzungen in Höhe von fast 23 Millionen Euro. Fotos: Ahrenhold

„Zahlreiche Träger kämpfen schon heute ums Überleben und müssen Angebote für Beratung und Betreuung einschränken“

Hartmut Krabs-Höhler, Vorsitzender der Wohlfahrtspflege NRW

weckt nicht den Eindruck, als wolle die Landesregierung die Mangelverwaltung in der Wohlfahrts- und Sozialarbeit beenden“, sagt er. „Mit diesem Etat lässt sich in vielen Bereichen nicht einmal der Status quo aufrechterhalten. Zahlreiche Träger kämpfen schon heute ums Überleben und müssen Beratungs- und Betreuungsangebote einschränken.“

Während er Applaus erntet, bekommt es insbesondere NRW-Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) mit dem Unmut der Menge zu tun, als er die Kürzungspläne verteidigt: „Ich habe Verständnis, dass hier heute demonstriert wird.“ Aber solange die Wirtschaft schwäche und die Steuereinnahmen sinken, seien Sparmaßnahmen notwendig. Sie würden zurückgenommen, sollte sich die Konjunktur verbessern.

Für Volland-Dörmann klinge das „wie Bastapolitik“, sagt sie. Doch auch Familienministerin Josefine Paul (Grüne) betont auf der Bühne, dass das Land sparen müsse, obwohl es schmerzhaft sei. In den Bereichen für Kinder und Jugendliche werde nicht gekürzt, sagt sie und spricht sich für eine Aufweicheung der Schuldenbremse aus, um Investitionen in die Zukunft zu ermöglichen.

Die Angst vor der Zukunft nimmt sie den Trägern der freien Wohlfahrtspflege an diesem Tag damit nicht. „Wir müssen sehen, wie wir noch klarkommen“, sagt Silke Reuter, Fachbereichsleiterin der Schulkinderbetreuung bei der Awo Köln, die sich ebenfalls unter die Demonstrierenden gemischt hat. Der Ganztags werde schon jetzt rudimentär behandelt. „Weniger geht kaum“, sagt sie.

Wohl noch dramatischer empfand Zwan Karim, Leiterin der Perspektivberatung für Geflüchtete in Köln die Lage. Mit dem Caritas-Team steht sie nur wenige Meter entfernt von der Awo-Gruppe. „Damit Köln sozial bleibt“, steht auf den großen Bannern, die sie über die Massen schwenken. Wie sozial Köln tatsächlich bleiben kann, daran mag Karim kaum denken. Sie sei traurig. Denn für den Bereich Migration, Flucht und Integration seien Angaben der Wohlfahrtspflege zufolge die signifikantesten Kürzungen vorgesehen: Fast 23 Millionen Euro.

Die Finanzierung des Beratungsangebots der Caritas stehe daher gänzlich auf der Kippe. „Sechs bis sieben Arbeitsplätze könnten wegfallen“, sagt Karim. Im letzten Jahr betreuten die Mitarbeitenden mehr als 1000 Fälle. „Dahinter stehen Menschen“, betont Karim. „Schade, dass diese

„Das, was wir tun, sind keine Almosen. Unsere Arbeit geschieht im Auftrag der öffentlichen Hand“

Ulli Volland-Dörmann, Geschäftsführerin der Kölner Arbeiterwohlfahrt

Arbeit nicht gesehen wird.“ Deutschland sei ein Land, in dem Rechtsstaatlichkeit und Demokratie herrschen, in dem Menschenrechte gelten. „Wenn wir für die Menschen nicht da sind, steht das, auf das wir stolz sind, auf dem Spiel“, sagt sie.

Die rote Karte für die Landesregierung zückt deshalb auch Claus-Ulrich Pröls, Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrats. „Wieder einmal müssen Geflüchtete als Sündenböcke für eine verfehlte Sozial-, Wohnungsbau- und Bildungspolitik herhalten“, sagt er auf der Bühne, die symbolische rote Karte in der Hand. Politisch und gesellschaftlich sei das eine Katastrophe und „aus unserer Sicht völlig unverantwortlich.“

Über noch eines sind sich die meisten Demonstrierenden unter dem grauen Düsseldorfer Himmel einig: „Das, was wir tun, sind keine Almosen. Unsere Arbeit geschieht im Auftrag der öffentlichen Hand“, sagt Ulli Volland-Dörmann.

Sie alle kehren mit leisen Hoffnungen nach Hause zurück – nach Köln und viele weitere Teile des Landes. „Wenn über 32 000 Menschen der Freien Wohlfahrtspflege für den Erhalt der sozialen Infrastruktur und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in NRW kämpfen, sollte die Landespolitik doch ins Nachdenken und insbesondere schnell ins Handeln kommen“, so Volland-Dörmann.

22 Mi	Viviana	19 Mi	Irmgard	22 Sa	€	Lea	22 Di	Kai	22 Do	Rita	22 So	John
23 Do	Hermut	20 Do	€	23 So	Rebekka	23 Mi	Adalbert	23 Fr	Bartholomäus	23 Mo 26. KW	Edebraud	
24 Fr	Vera	21 Fr	Petrus	24 Mo 13. KW	Katharina	24 Do	Fidelis	24 Sa	Dagmar	24 Di	Johannes d. Täufer	
25 Sa	Wolfram	22 Sa	Isabella	25 Di	Isaak	25 Fr	Marinus	25 So	Urban	25 Mi	Eleonore	
26 So		23 So	Otto	26 Mi	Ludger	26 Sa	Ende Osterferien	26 Mo 22. KW	Philipp	26 Do	Johannes u. Paulus	
27 Mo 5. KW	Angela	24 Mo 9. KW	Matthias	27 Do	Frowin	27 So	Weiler Sonntag	27 Di	Augustin	27 Fr	Severin/Ädler	
28 Di	Thomas v. Aquin	25 Di	Walburga	28 Fr	Guntram	28 Mo 18. KW	Pierre	28 Mi	Germanus	28 Sa	Eckhard	
29 Mi	Gerhard	26 Mi	Mechthild	29 Sa		29 Di	Katharina	29 Do	Maximilian	29 So	Peter u. Paul	
30 Do	Martina	27 Do	Weber/Sonata	30								
31 Fr	Essebus	28 Fr	Roman	31								

365 Tage topaktuell

Der neue Jahreskalender 2025 mit allen Ferienzeiten und Namenstagen.

Samstag kaufen!